



**BUNDESGESELLSCHAFT  
FÜR ENDLAGERUNG**

BGE | Eschenstraße 55 | 31224 Peine

Information vorab per E-Mail

Hessisches Landesamt für Naturschutz,  
Umwelt und Geologie  
Rheingaustraße 186  
65203 Wiesbaden

kontakt@hlnug.he

Eschenstraße 55  
31224 Peine  
T +49 5171 43-0  
www.bge.de

**Ansprechpartner**

**Durchwahl**

**Fax**

**E-Mail** [REDACTED]@bge.de

**Mein Zeichen**

SG02101/7-2/16-2022#1

**Datum und Zeichen Ihres  
Schreibens**

Datum 1. April 2022

## **Entwicklung von Methoden für die Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien (§ 25 StandAG) in Schritt 2 der Phase I des Standortauswahlverfahrens - Datenanfrage**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE), sind Vorhabenträgerin gemäß § 3 des Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle (Standortauswahlgesetz - StandAG). Nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete im September 2020 befinden wir uns im Schritt 2 der Phase I des Standortauswahlverfahrens und damit in der Ermittlung von Standortregionen für die übertägige Erkundung. Im Zuge der Ermittlung der Standortregionen nach § 14 StandAG werden wir repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) in allen Teilgebieten durchführen und auf Basis der Ergebnisse erneut die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien (geoWK) anwenden. Im Zuge der Ermittlung der Standortregionen für die übertägige Erkundung können auch erstmals die planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien (planWK) nach Maßgabe von § 25 StandAG zur Anwendung kommen.

Ebenso wie für die Durchführung der rvSU und die Anwendung der geoWK in der aktuellen Phase, ist für die planWK eine Anwendungsmethodik vorlaufend der Anwendung zu entwickeln, zu erproben, zu konsultieren und ggf. anzupassen. Dieses Vorgehen resultiert aus der Anforderung des StandAG, den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in einem partizipativen, wissenschaftsbasierten, transparenten, selbsthinterfragenden und lernenden Verfahren zu ermitteln.

**Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE)**

**Sitz der Gesellschaft:** Peine, eingetragen beim Handelsregister AG Hildesheim (HRB 204918)

**Geschäftsführung:** Stefan Studt (Vors.), Steffen Kanitz, Dr. Thomas Lautsch

**Vorsitzender des Aufsichtsrats:** Staatssekretär Jochen Flasbarth

**Kontoverbindung:** Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg - IBAN DE57 2699 1066 7220 2270 00, BIC GENODEF1WOB

**USt-Id.Nr.** DE 308282389, **Steuernummer** 38/210/05728



Die Methodenentwicklungen für die eventuelle Anwendung der planWK im Schritt 2 der Phase I des Standortauswahlverfahrens erfolgt praxisnah anhand von Teilgebieten. Dafür wird die BGE die bereits für die Methodenentwicklung der rvSU ausgewählten Teilgebiete als Gebiete zur Methodenentwicklung (GzME) heranziehen. Die GzME stellen weder eine Vorfestlegung für Standortregionen dar, noch bedeutet ihre Ausweisung eine Aussage über ihre Eignung als potentielle Standortregionen. Nähere Informationen zu den GzME finden Sie hier:

<https://www.bge.de/de/endlagersuche/meldungen-und-pressemitteilungen/meldung/news/2021/7/614-standortauswahl/>

Als GzME wurden folgende Teilgebiete ausgewählt:

*Tabelle 1: Teilgebiete zur Methodenentwicklung*

Teilgebiet	Bundesländer
001_00TG_032_01IG_T_f_jmOPT	BW; BY
009_00TG_194_00IG_K_g_SO	BW; BY; BB; SN; ST; TH
035_00TG_057_00IG_S_s_z	NI
078_02TG_197_02IG_S_f_z	HE; NI; ST; TH

Unsere Anfrage beschränkt sich auf die in der Tabelle 1 angegebenen Gebiete. Alternativ steht es Ihnen frei, uns bundes- bzw. bundeslandweite Daten zur Verfügung zu stellen. Die Shape-Dateien der entsprechenden GzME finden Sie im Anhang der E-Mail zu dieser Anfrage (diese Anfrage erhalten Sie in der Form einer E-Mail und als Brief).

Die BGE entwickelt derzeit Anwendungsmethoden für eine eventuelle Anwendung der planWK auf Ebene der Einzelkriterien. Die konzeptionelle Vorgehensweise sieht vor, dass zunächst die mit den planWK des StandAG adressierten Nutzungskonflikte in auszuweisenden Gebieten anhand vorhandener Daten bei Bundes- und Landesbehörden dargestellt werden würden. Darauf würde dann die Anwendung der planWK mit dem Ziel einer Einengung oder eines Vergleichs von Gebieten folgen. Einen ersten Arbeitsstand der Methodenentwicklung für die Anwendung der planWK wird die BGE im Frühherbst dieses Jahres öffentlich vorstellen.

Für die praxisnahe Methodenentwicklung der in Anlage 12 (zu § 25) StandAG aufgeführten planWK benötigen wir Erkenntnisse über die in Ihrem Zuständigkeitsbereich vorhandenen Bestandsdaten.



Wir bitten vor diesem Hintergrund um **Übersendung der im Folgenden angeführten Daten, sofern in Ihrem Haus vorhanden.** Grundsätzlich benötigen wir georeferenzierte bzw. georeferenzierbare Daten. Daher bitten wir zzgl. der angefragten Geodaten um folgende Angaben und Formate:

- Bei Flächenangaben: Koordinaten der Flächenbegrenzung
- Bei Kartendarstellungen: digitale Karten, bevorzugt als Vektor-Darstellungen, wenn möglich in einem mit ArcGIS lesbaren Format
- Bei Koordinaten: Lage-Bezugssystem.

Dabei wird eine Zurverfügungstellung mindestens im Erfassungsmaßstab 1:100.000, gerne auch größer, bevorzugt. Sofern dieser Erfassungsmaßstab für einzelne Karten nicht verfügbar sein sollte, erbitten wir ersatzweise eine Übermittlung der Karten im größtmöglich flächendeckend verfügbaren Erfassungsmaßstab vorzunehmen.

- **Abfragekennzeichen: p03\_03a\_HE\_01**

Karte der Wasserschutzgebiete (WSG) (Grundwasserschutzgebiete immer auch inkl. Angabe des betroffenen Grundwasserstockwerks als beschreibendes Attribut, sofern möglich). Die Karte soll folgendermaßen differenzierbar sein:

- Abgrenzung der einzelnen Schutzzonen innerhalb der WSG (Mindestens in Schutzzone I, II und III)
- Sofern verschiedene Arten von WSG ausgewiesen werden – Unterscheidung zwischen Trinkwasserschutzgebieten und Heilquellenschutzgebieten
- Unterscheidung zwischen Grundwasserschutzgebieten und Schutzgebieten für Oberflächengewässer
- Grundwasserschutzgebiete, in denen eine Trinkwassergewinnung stattfindet
- Grundwasserschutzgebiete, in denen eine Trinkwassergewinnung vorgesehen/geplant ist (Genehmigung dazu bereits erteilt)
- Unterscheidung je nach Festsetzungsstatus (bereits Festgesetzt, Festsetzung läuft noch)

- **Abfragekennzeichen: p03\_03b\_HE\_01**

Karte mit Standorten bestehender oder geplanter (bereits genehmigt) Trinkwassergewinnung aus Grundwasservorkommen, sofern diese nicht ohnehin durch die Trinkwasserschutzgebiete erfasst sind.

- **Abfragekennzeichen: p03\_04a\_HE\_01**

Karte aller Grundwasserleiter (GWL) die mengenmäßig (= mehrere Meter Mächtigkeit und nicht nur ein lokaler oder schwebender GWL) und chemisch (z. B. gemäß GrwV und/oder TrinkwV) für die Trinkwassergewinnung geeignet sind.



- Für alle GWL wird auch eine Angabe zum entsprechenden Grundwasserstockwerk benötigt. Insbesondere wenn mehrere Grundwasserleiter sich überlagern, um nicht nur den Hauptgrundwasserleiter zu berücksichtigen und eine Differenzierung zwischen oberen und unteren Grundwasserstockwerken zu ermöglichen.

Darüber hinaus sind für die Arbeiten der Vorhabenträgerin ergänzende Informationen zum Datenmaterial erforderlich, welche Sie uns, **sofern in Ihrem Haus vorhanden**, **bitte kartenspezifisch übermitteln:**

- Wie aktuell ist die Karte bzw. sind die zugrundeliegenden Daten?
- In welchem Erfassungsmaßstab liegen die zugrundeliegenden Daten vor?
- Woher stammen die zugrundeliegenden Daten?
- Gibt es Kenntnis über Unvollständigkeit oder Fehler in der Karte oder den Daten zu den GWL?
- Wurde für die Erstellung der abgefragten Karte landesweit flächendeckend einheitlich gearbeitet? Wenn nein, warum nicht?
- Sofern nicht bereits als Attribut in den Karten enthalten, bitten wir um Angaben zur Tiefenlage der Grundwasserleiter, insbesondere des Grundwasserstockwerks.
  
- **Abfragekennzeichen: p04\_02a\_HE\_01**  
Bestehende Vorbehaltsgebiete zum Hochwasserschutz
  
- **Abfragekennzeichen: p04\_02b\_HE\_01**  
Bestehende Vorranggebiete zum Hochwasserschutz

Darüber hinaus sind für die Arbeiten der Vorhabenträgerin ergänzende Informationen zum Datenmaterial erforderlich, welche Sie uns, **sofern in Ihrem Haus vorhanden**, **bitte kartenspezifisch übermitteln:**

- In welchem Erfassungsmaßstab liegen die zugrundeliegenden Daten vor?
- Anhand welcher Merkmale wurden die Flächen ausgewiesen? Welche Bedingungen waren vorausgesetzt, damit die Flächen als Raumordnungsgebiet für Hochwasserschutz in Frage gekommen sind?
- Zum Schutz vor Hochwasserereignissen welcher statistischen Häufigkeit wurden die Gebiete jeweils ausgewiesen?



- Wie wird die Funktion des Hochwasserschutzes in den jeweiligen Gebieten gewährleistet (z.B. durch technische Maßnahmen oder Freihalten von Retentionsflächen)?
- **Abfragekennzeichen: p10\_02a\_HE\_01**  
Karte zur Standorteignung oberflächennaher Geothermie, in der folgende Bereiche abgegrenzt dargestellt werden:
  - Errichtung unzulässig
  - Errichtung bedingt zulässig (beispielsweise erst nach einer wasserrechtlichen Einzelfallprüfung)
  - Errichtung zulässig (beispielsweise nur eine Anzeige erforderlich, ohne Einzelfallprüfung)
- **Abfragekennzeichen: p10\_02b\_HE\_01**  
Karte zur Standorteignung tiefer Geothermie, sofern nicht gleichzusetzen mit der Karte zur Standorteignung oberflächennaher Geothermie, in der folgende Bereiche abgegrenzt dargestellt werden:
  - Errichtung unzulässig
  - Errichtung bedingt zulässig
  - Errichtung zulässig
- **Abfragekennzeichen: p10\_02c\_HE\_01**  
Karte mit Standorten bestehender und geplanter geothermischer Nutzung, die auf Basis der beschreibenden Attribute folgendermaßen differenziert werden können:
  - Unterscheidung zwischen:
    - oberflächennaher Geothermie (bis zu einer Tiefe von 400 m)
    - tiefer Geothermie (tiefer als 400 m)
  - Unterscheidung zwischen:
    - in Betrieb/aktive Nutzung
    - geplant (Geothermische Nutzung bereits abschließend genehmigt)
  - Unterscheidung der Standorte nach Nutzungsart, welche folgende Nutzungsarten oder äquivalente umfassen:
    - Erdwärmesonden
    - Grundwasserwärmepumpen
    - Erdwärmekollektoren
    - Thermalwasserbohrungen (balneologische Nutzung)
    - hydrothermale tiefe Geothermie (zur Stromerzeugung und/oder Wärmeengewinnung)



- petrothermale tiefe Geothermie (zur Stromerzeugung und/oder Wärmegewinnung)

Darüber hinaus sind für die Arbeiten der Vorhabenträgerin ergänzende Informationen zum Datenmaterial erforderlich, welche Sie uns, **sofern in Ihrem Haus vorhanden, bitte kartenspezifisch übermitteln:**

- Wie aktuell ist die jeweilige Karte/ sind die jeweiligen Daten?
- In welchem Erfassungsmaßstab liegen die zugrundeliegenden Daten vor?
- Woher stammen die zugrundeliegenden Daten?
- Welche Kriterien wurden für die zur Abgrenzung von Bereichen oder für Kategorisierungen herangezogen?  
Beispielsweise: Wann ist die Errichtung geothermischer Anlagen unzulässig bzw. auf Basis welcher Kriterien? (z. B. aufgrund einer wasserwirtschaftlichen Bewertung, aufgrund hydrogeologischer Verhältnisse, bedingt durch Altbergbau, ...)
- Gibt es Kenntnis über Unvollständigkeit oder Fehler in den Daten oder Karten?

Wurde für die Erstellung der abgefragten Karten landesweit flächendeckend einheitlich gearbeitet? Wenn nein, warum nicht?

Die Beantwortung erbitten wir unter Angabe des jeweiligen Abfragekennzeichens an [\\_\\_\\_\\_\\_@bge.de](mailto:_____@bge.de) zu senden. Eine fortlaufende Methodenentwicklung kann auch durch zeitlich gestaffelte Lieferungen von Ihrer Seite gewährleistet werden, so dass Sie bitte Teillieferungen erwägen, sofern der Aufwand einer umfangreichen Lieferung für Sie Kapazitätsprobleme bedeuten würde. Selbstverständlich sind wir für weitergehende Hinweise stets dankbar.

Bei der Übersendung auf dem Postweg bitten wir Sie, zwecks unserer hausinternen Dokumentation, auf handelsübliche, unveränderbare Datenträger (z. B. DVD) zurückzugreifen. Sollte aufgrund eines zu großen Datenvolumens die Nutzung eines anderen Datenträgers erforderlich werden, so bitten wir um kurze telefonische Rücksprache zwecks Abstimmung.

Sofern Sie diese Daten nicht verfügbar halten, **bitten wir um eine spezifische Negativmeldung** mit Bezugnahme auf das jeweilige Abfragekennzeichen.

Uns ist bewusst, dass Datenanfragen Aufwände verursachen. Daher ist es uns ein Anliegen, die Zusammenarbeit mit Ihrem Haus so zu gestalten, dass Aufwände minimiert und Missverständnisse vermieden werden. Daher stehen wir Ihnen für Rückfragen gerne jederzeit telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung. Wir bitten um eine entsprechende Mitteilung per E-Mail an die im Briefkopf angegebene Adresse, sofern Bedarfe bestehen.



Ferner plant die BGE am **26. April 2022** vormittags eine digitale Informationsveranstaltung zu den Datenanfragen für die planWK anzubieten. Wir werden Sie zeitnah einladen und haben auch Ihre Landesregierung über unser Vorgehen informiert.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns die erbetenen Daten bis zum **9. Mai 2022** zur Verfügung stellen könnten und danken Ihnen bereits im Voraus für Ihre Unterstützung.

Wir bitten zu beachten, dass dieses Schreiben sowie die Rückantworten ggf. auf einer Internetpräsenz der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH veröffentlicht und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) zur Veröffentlichung auf der Informationsplattform gemäß § 6 StandAG zur Verfügung gestellt werden. Sollten Ihrerseits Bedenken bestehen, so sind diese ausdrücklich der Rückantwort voranzustellen.

Wir sehen einer Zusammenarbeit freudig entgegen.

Mit freundlichen Grüßen



Bereichsleiterin Standortauswahl



Abteilungsleiterin Vorhabensmanagement  
Standortauswahl